

25 Jahre Produktivgenossenschaft : die Genossenschaft für Spengler-, Installations- und Dachdeckerarbeit Zürich

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **8 (1933)**

Heft 2

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-100776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Unnütze Reklame

Die Reklame tritt heute an jeder Ecke in hundert Formen hervor, besonders nachdrücklich in der nächtlichen Beleuchtung der Schaufenster und Gebäude unserer Städte. Noch früher hat sie sich der Presse bedient und gelangte durch Zeitungsinserate und in ungezählten Empfehlungen direkt ins Haus der Kunden. Häufig wird sie allerdings als Belästigung empfunden, aber missen könnte man sie nicht mehr, denn sie gehört zu den notwendigen Begleiterscheinungen des modernen Geschäftsverkehrs.

Auch ins Baugewerbe hat die Reklame Eingang gefunden, obwohl sie hier weniger unentbehrlich ist; der große Wert der Leistungen und ihre enge Verbundenheit mit der Person des Ausführenden erheischen noch ein größeres Maß von Auskünften als sie in einer öffentlichen Empfehlung enthalten sein können. Deswegen blieb die Reklame lange Zeit im Baugewerbe unbekannt oder dann war sie von untergeordneter Bedeutung und jedenfalls nicht sehr kostspielig. Sie beschränkte sich auf periodische Empfehlungen im Inseratenteil der Fach- und Lokalpresse. Die Verhältnisse änderten sich dann, und mit der Ausbreitung der Reklame kamen Mißstände auf, die öffentlich besprochen werden müssen. Sie nahmen ihren Anfang, als es findigen Anwerbern gelang, anlässlich der Inbetriebsetzung oder des Bezuges größerer Bauwerke die am betreffenden Bau beteiligten Unternehmer zu Kollektiv-Inseraten zu gewinnen, die meistens gleichzeitig mit einem fragwürdigen Artikel im Textteil über das Werk selber und die Eröffnungsfeierlichkeiten erschienen und heute stark verbreitet sind. Damit verliert aber das Inserat seinen eigentlichen Charakter, weil es in Wirklichkeit mehr der Verherrlichung des Bauherrn oder seines Architekten als der Empfehlung des inserierenden Unternehmers dient. Letzterer spielt bereits eine sehr untergeordnete Rolle, ausgenommen bei der Bezahlung der Kosten.

Diese Art Reklame war deshalb keine glückliche Erfindung, aber sie hätte nicht beanstandet werden können, soweit sie auf der freien Entscheidung der Unternehmer beruhte. Solches mag zuerst, als die Sache noch neu war, der Fall gewesen sein, aber bald wurde daraus ein Zwang, dem die Bauhandwerker sich nicht entziehen konnten, wollten sie nicht die Gunst des Bauherrn oder ihrer Architekten verlieren. Es kam aber noch schlimmer: Gerissene Anwerber fanden heraus, daß es besser wirke, wenn die Reklame durch eigentliche Kataloge nach dem Muster der großen Modehäuser betrieben

werde. Zuerst fielen Baumeister herein, die oft kostspielige Zusammenstellungen ihrer Kunden als Reklame überreichten. Sie zahlten indessen die Kosten selber, so daß diese Kataloge wenigstens in einer Beziehung nicht beanstandet werden dürfen. Daneben kommen heute aber immer mehr die Kataloge oder Denkschriften auf, die für einen speziellen Bau herausgegeben werden. Sie enthalten nicht bloß einen Text mit Photographien, sondern weisen auch Inserate auf. Letztere dürften in vielen Fällen sogar der Hauptzweck des Werkes sein. Um das Ziel zu erreichen, stellen die Akquisiteure den Katalog dem Bauherrn oder Architekten gratis zur Verfügung, letztere müssen nur einen sanften Druck auf ihre Bauhandwerker und Lieferanten ausüben, damit die Inserate kommen. Vor uns liegt eine ganze Reihe von Monographien, die mit dem Gelde der bereits an ihren Preisen gedrückten Unternehmer und Lieferanten herausgegeben wurden. Solche Kataloge und Denkschriften werden zu einem erträglichen Geschäft für gerissene Anwerber. Unter ihnen machen sich in letzter Zeit ganz besonders ausländische Elemente bemerkbar, vor deren Redegewandtheit der normale Schweizer bekanntlich einen heillosen Respekt und nicht den geringsten kritischen Sinn hat. Diese Leute besorgen nicht bloß den Zutrieb der Inserenten, sie übernehmen auch gleichzeitig den Druck des Werkes, welcher immer häufiger im Auslande erfolgt. Wir kennen Anwerber, die ihre Publikationen in München oder London drucken lassen.

Die Entwicklung der Reklame im schweizerischen Baugewerbe brachte somit Mißstände, die ausgemerzt werden müssen. Die ehrliche, vernünftige Reklame soll nicht beanstandet werden, aber wo sie einzig der größeren Ehre des Bauherrn dient oder nur zu Erwerbszwecken für Drittpersonen erfolgt, muß sie von allen Bauhandwerkern und Lieferanten bekämpft werden. Es liegt durchaus in ihrer Macht, auf diesem Gebiete Ordnung zu schaffen. Der Vorstand des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins hat erst kürzlich die Mitglieder aufgefordert, sich von jeder Beteiligung an den Kollektiv-Inseraten fernzuhalten. Die Unternehmer müssen ihnen folgen und alle Versuche, in dieser oder einer anderen Form für den Bauherrn oder einzelne Anwerber die Kosten der Reklame zu tragen, einheitlich und konsequent ablehnen. Es wäre zu wünschen, daß die lokalen Gruppen des Baugewerbes diese wichtige Frage besprechen und ein gemeinschaftliches Vorgehen beschlossen würde.

Aus »Hoch- und Tiefbau«.

25 Jahre Produktivgenossenschaft

Die Genossenschaft für Spengler-, Installations- und Dachdeckerarbeit Zürich

feierte im Sommer 1932 ihr 25-Jahr-Jubiläum. Auf den Tisch des neuen Jahres legt sie nun eine 80seitige, von der Genossenschaftsdruckerei Zürich sorgfältig gedruckte Jubiläumsschrift. Diese Schrift schildert in Wort, Zahl und Bild illustrativ, wie es geschah, wie es kam und wie es wurde, als die Genossenschaft 1907 aus der Taufe gehoben war. Wer nicht schon Freund der Jubilarin ist, der wird es durch die Lektüre der Jubiläumsschrift, die das Geschichtliche, die Zusammenarbeit von Genossenschaft und Gewerkschaft und die Entwicklung der Genossenschaft in Zahlen frisch und lebendig ins Gedächtnis schreibt. Im Jahre 1906 kämpften die Spengler, Monteure und Bauschlosser der Sektion Zürich des damaligen Schweizerischen Metallarbeiterverbandes (jetzt SMUV.) um den Neunstundentag und um einen Minimallohn von

70 Rappen pro Stunde. Obwohl die Gewerkschaftsorganisation noch ein schwacher Bau war, der Meisterverband aber ein Bollwerk, kündigten die Spengler den Arbeitsvertrag und forderten den Neunstundentag und 70 Rp. Minimal-Stundenlohn. Ueber den Lohn wollten die Meister schon reden, aber für eine Arbeitszeitverkürzung wollten sie kein Verständnis zeigen. Die Verhandlungen scheiterten. Am 6. April 1907 traten 200 Spengler in seltener Solidaritätsfront in den Streik. Der Meisterverband nahm seine Mitglieder in eine Konventionstrafenschraube. Wer einen einzigen Gesellen zu neuen Bedingungen einstellen wollte, dem drohte eine Konventionstrafe von 500 Franken und 20 Franken pro Tag und Arbeiter. Die Meistergilde drohte Abtrünnigen ferner mit der Materialsperre.



Werkstattgebäude im Hofraum (hinter dem Geschäfts- und Wohnhaus Zeughausstraße 43 gelegen)

Der Metallarbeiterverband tat alles für die Streikenden. Er zahlte wöchentlich etwa 2000 Franken an Unterstützungen. Durch die Solidarität anderer Berufsgruppen erhielten die Streiker noch weitere Unterstützungen. Da der Streik ein langwieriger zu werden drohte, überlegten die Funktionäre, wie sie den moralischen und materiellen Folgen, die sich aus dem Streik ergaben, begegnen könnten. Die Erwägungen führten zum Beschluß, die Gründung einer Produktivgenossenschaft vorzunehmen. Der Beschluß wurde in einer Streikversammlung gefaßt. Die Streikenden sollten in der Genossenschaft abwechselungsweise Beschäftigung finden. Der Streikpräsident, Genosse Spengler Emil Müller, und der Sekretär der Sektion Zürich des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes, Genosse Franz Steininger, hatten sich nach einer passenden Werkstatt umzusehen. Die Witwe eines Spenglermeisters hatte ein passendes Objekt zu verkaufen. Lustigerweise kam es nun dazu, daß der Präsident des Spenglermeisterverbandes, Herr Läderach, als Vormund der Kinder seines seligen Kollegen, den Verkauf an den Spengler Emil Müller, der als Treuhänder für den Metallarbeiterverband amtierte, zu tätigen hatte. Diese Handänderung von der Hand des Spenglermeistermeisters in die Hand der streikenden Spengler brachte Herrn Läderach für lange Zeit die ganz spezielle »Liebe« seiner Kollegen.

Die Zenuralkasse des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes gab die Kaufsumme von 3500 Franken. Und am 22. Juli 1907 eröffnete das Arbeiterunternehmen mit 12 Mann den Betrieb. Genosse Emil Müller übernahm als Geschäftsführer die Betriebsleitung (er hat sie heute noch!), der Vorstand der Sektion Zürich des Metallarbeiterverbandes war zugleich Vorstand der »Spenglergenossenschaft«. Zusammen mit den Genossen vom Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes, mit Hilfe der Erfahrungen der Sekretäre Karl Dürr, Konrad Ilg und Alfred Brunner haben diese Genossen die junge Arbeiterproduktivgenossenschaft aufwärts geführt.

Der Spenglermeisterverband versuchte mit allen Mitteln, die Spenglergenossenschaft ins frühe Grab zu bringen. So brachte er es fertig, daß über die Genossenschaft die Materialsperre verhängt wurde. Aber die Genossenschaft erhielt Aufträge von Stadt- und Kantonsbehörden. Die Vorräte in der gekauften Werkstätte reichten aus. Die Genossenschaft bestand kaum drei Monate, als sie bereits durchschnittlich 30 Mann beschäftigen konnte. Und dabei wurde im Neunstundentag gearbeitet. Als der Spenglerstreik nach dreizehmonatiger Dauer am 10. Mai 1908 abgebrochen wurde, bestand die Genossenschaft schon dreiviertel Jahre. Es bestand aber nicht die Absicht, den Betrieb nach Streikabbruch weiterzuführen. Und doch tat man dies. Eine Anzahl Streiker, die nach Streikabbruch doch in keine Bude mehr hineingekommen wäre, konnte so weiterbeschäftigt werden. Die Spenglergenossenschaft wurde mit 14 Mann weitergeführt — und gedieh auch weiterhin flott und gut.

Was aber nicht florierte, das war die Dachdecker-genossenschaft. Und trotzdem: die Spenglergenossenschaft reichte die Hand; am 15. Dezember 1909 erfolgte die Fusion. Die Dachdecker brachten den Spenglern keinen Goldvogel, nicht einmal einen Spatz in der Hand. Aber die Spenglergenossen sahen die Taube auf dem Dach, das heißt sie hofften auf ein gutes Gedeihen der Dachdeckerabteilung. Und in der Tat: es erfüllte sich. Am 11. März 1910 publizierte das Handelsamtsblatt den neuen, ziemlich angewachsenen Namen: Genossenschaft für Spengler-, Installations- und Dachdeckerarbeit Zürich.

Der getreue Finanzier und Ekkehard der erweiterten Genossenschaft, der Schweizerische Metallarbeiterverband, konnte an dem florierenden Unternehmen Freude haben. Mit ruhigem Gewissen konnte aus der Zenralkasse des Verbandes im Jahre 1911 ein Darlehen von 20,000 Franken gegeben werden — für den Kauf eines Hauses mit Laden und Werkstatt. Im Herbst 1911 züglete die Genossenschaft an die Zeughausstraße. Sie hatte nun



In den Jahren 1916 bis 1919 arbeitete die Installationsabteilung im Neubau der Kantonalen Frauenklinik in Zürich. – Sanitäre Anlage in einem Operationsaal

ein Haus und das Zeug dazu: Werkstatt und Hof. Und unter dem eigenen Dach installierte sich die Arbeiterproduktivgenossenschaft noch besser. Potz Blech! sagten die Spengler der Genossenschaft, schlugen auf den Amboß, und es dröhnte kräftig!

Die Entwicklung ging anfangs im Zickzack. Die ersten Jahre waren gut, dann wurde es vor dem Krieg und während des Weltkrieges etwas schlechter; dann kam in Zürich das Jahrzehnt der Wohn- und Baugenossenschaftsprosperität und damit kroch die Genossenschaft aus den Jünglingsschuhen in die Manneskleider und wuchs und wuchs, getragen von Qualitätsleistungen und Solidarität und Treue und Aktivität ihrer Leiter, besonders ihres Geschäftsführers Emil Müller.

Die Zahlen der Jubiläumsschrift reden kurz und bündig über die Entwicklung der Genossenschaft. Die Zahlen zeugen auch dafür, daß das Arbeiterunternehmen gesunde und tiefe Wurzeln hat, die dafür sorgen werden, daß die Genossenschaft die Krise gut übersteht wird. Als Vergleich zwischen Anfang und heutigem Stand stellen wir hier nur zwei Zahlengruppen einander gegenüber. Im zweiten Geschäftsjahr, 1908, war ein Per-

sonalbestand von 14 Mann, an Löhnen und Gehältern wurden Fr. 21,537.68 ausbezahlt, an Unfall- und Haftpflichtprämien Fr. 1329.40, eine Pensionskasse bestand damals noch nicht. Im Jahre 1931 wurden 73 Mitarbeiter beschäftigt, Fr. 398,412.40 für Löhne und Gehälter ausgegeben, für Ferien und Feiertage Fr. 16,320.40 bezahlt, für Unfall- und Haftpflichtprämien Fr. 21,273.75 ausgegeben und Fr. 10,188.85 in die 1925 geschaffene Pensionskasse gelegt.

Die Genossenschaft, die heute solid installiert ist und sich unter einem wetterfesten Dach befindet, ist aus der Gewerkschaftsbewegung entsprossen und entwickelt worden. Aus der einen Realität ergab sich die andere Realität. So hat der Kampf der Spengler im Jahre 1907 in Zürich ein Werk geschaffen, das heute in seiner Blüte an die opfervollen Kämpfe von damals erinnert, und uns, und besonders den jungen Kollegen, zeigt, was für Aufgaben zu erfüllen sind. Und da heute die Krisenzeichen flammen, wollen wir nicht vergessen, daß gerade Genossenschaft und Gewerkschaft Instrumente sind, mit deren Hilfe wir leichter über die Krise hinwegkommen können — wenn wir uns mühen — und wenn wir wollen.

England schafft die staatlichen Bauzuschüsse ab

Diesen Artikel wie die zugehörige kleine Einleitung entnehmen wir der Zeitschrift „Die Siedlung“

Der nachfolgende Aufsatz berichtet über die neuerliche Entwicklung des Bauwesens in England. Diese Entwicklung ist auch für die Betrachtung der Verhältnisse in Deutschland sehr interessant. Wir stimmen völlig den Schlußzeilen des Verfassers zu, wonach aus den englischen Verhältnissen nicht ohne weiteres Schlüsse auf die deutschen gezogen werden können. Es wäre verfehlt und würde den Niederbruch jeder Bautätigkeit in Deutschland bedeuten, wenn etwa der deutsche Staat seine Mittel aus der öffentlichen und privaten Bautätigkeit herausziehen wollte. D. Schriftl.

Seit Ende des Krieges sind in England über 2 Millionen neue Wohnungen gebaut worden (in Deutschland waren es 2,7 Millionen). Es handelt sich fast ausschließlich um Flachbauten; schon vor dem Kriege hatte es sich in England eingebürgert, daß der besser situierte Arbeiter oder Angestellte mit seiner Familie ein Haus allein bewohnte. Berücksichtigt man die Verschiedenheit in den Bevölkerungsziffern, so sind in England im gleichen Umfang neue Wohnungen errichtet worden wie in Deutschland. Allerdings war diese umfassende Neubau-

tätigkeit auch in England nur durch großzügige öffentliche Subventionen möglich. Zwar sind die Zinssätze in England im Gegensatz zu Deutschland heute nicht mehr wesentlich über dem Vorkriegsniveau, jedoch sind die Baukosten erheblich gestiegen. Der Bau eines Kleinhauses kostete in England durchschnittlich:

1914:	200	Pfund	Sterling
1921:	625	»	»
1927:	400	»	»
1930:	350	»	»
1932:	300	»	»

Berücksichtigt man die Entwertung des Pfundes um ein Drittel, so entsprechen die heutigen Baukosten etwa denen der Vorkriegszeit. Rechnet man jedoch — was in England allgemein üblich ist — nach Papierpfunden, so sind die Baukosten eineinhalbmal so hoch wie vor dem Kriege, und die Neubaumieten kalkulieren sich auf 150 Prozent des Vorkriegsstandes. In den vergangenen Jahren waren allerdings die Verhältnisse ungünstiger.